



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

29. Sitzung (öffentlich)

12. September 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Sitzungstermine für das Jahr 2003 in der Sitzung Ende Oktober endgültig festzulegen.

1 Dringliche Anfrage gem. Anlage 8 Nr. 1 der GO des Landtags hier: „Schill-Schützer – Pistolenrowdys?“ (s. Anlage 1)

- Bericht des Staatssekretärs
- Diskussion 1

2 Aktuelle Viertelstunde hier: „Mögliche Konsequenzen über ein türkisches Elternpaar, das seinen Säugling Osama bin Laden nennen wollte“

- Diskussion 4

**3 Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes
(Mittelstandsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2707

5

Der Ausschuss spricht sich für die freiwillige Teilnahme an der Anhörung aus. Auch Sachverständige sollen durch den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform natürlich benannt werden.

**4 Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen
(Bestattungsgesetz – BestG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2728
Vorlage 13/387

Zuschriften 13/213, 13/390, 13/1650, 13/1652, 13/1871, 13/1875 und 13/1960

In Verbindung damit:

Gesetz zur Liberalisierung der Feuerbestattung

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/300
Vorlage 13/387
Zuschriften 13/213 und 13/390

6

Der Ausschuss erklärt sein Einvernehmen mit einer nachrichtlichen Beteiligung an der Anhörung am 30.10.2002.

**5 Bürokratieabbaugesetz – BüAbG-NRW
Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in
NRW**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/887

Vorlagen 13/875, 13/1044 und 13/1208

Zuschriften 13/752, 13/766, 13/767, 13/1267, 13/1279, 13/1282 und
13/1295

7

Der Ausschuss vertagt die Beratung und Beschlussfassung auf die
Sitzung am 28.11.2002.

**6 Belastungsbezogene Kräfteverteilung der Polizei durch eine aufgaben-
orientierte Bedarfsanalyse ersetzen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2709
Vorlage 13/1412

7

- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und
Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP
ab.

**7 Konsequenzen aus dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts zur
„Einbürgerungspraxis“ (s. Anlage 2)**

- Bericht des Staatssekretärs
- Diskussion

20

**8 Auswirkungen der Umstrukturierung innerhalb des Kampfmittelräum-
dienstes auf eine zügige Kampfmittelbeseitigung (s. Anlage 2)**

- Bericht eines Vertreters des Innenministeriums

21

Herr Beckstein dürfe nicht für von ihm nicht Gesagtes kritisiert werden; zu dem tatsächlich Gesagten könne man jedoch unterschiedliche Auffassungen vertreten.

In diesem speziellen Fall gelte es ferner zu berücksichtigen, dass es sich bei beiden Eltern um Türken mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus handele, das Kind aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitze. Daraus ergäben sich Folgerungen nach Art. 6 GG.

Horst Engel (FDP) stimmt seinen Vorrednern zu. Er erwarte allerdings noch den Protest der Muslime in der Presse. Mit diesem Namen dürfe selbstverständlich nicht gespaßt werden.

3 Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2707

(vom Landtag am 28.06.2002 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie – federführend – sowie an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Nach den Worten des **Vorsitzenden Klaus Stallmann** plant der federführende Ausschuss noch eine Anhörung zu diesem Thema. Entschieden werden müsse heute über die Art der Beteiligung des Innenausschusses.

Ursula Bolte (SPD) ist der Meinung, eine informative Beteiligung reiche aus. Die Anhörung halte sie für richtig, da es auch in der SPD-Fraktion noch einige offene Fragen gebe.

Horst Engel (FDP) plädiert wegen der Wichtigkeit der Sache für eine Pflichtsitzung.

Monika Düker (GRÜNE) stimmt für eine freiwillige Beteiligung. Einige relevante Fragen betreffend den Innen- und Verwaltungsbereich könne man auch als Fraktion formulieren und dem entsprechenden Arbeitskreis zuleiten.

Der **Ausschuss** spricht sich für die freiwillige Teilnahme an der Anhörung aus. Auch Sachverständige sollen durch den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform natürlich benannt werden können.

Jürgen Jentsch MdL
Innenpolitischer Sprecher

SPD-Fraktion NRW



Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211-884 • Telefax: 0211-884
E-mail: spd-fraktion@landtag.nrw.de
Internet: <http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de>

SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus Stallmann MdL

E: 10.09.02
J.

im Hause

10. September 2002
HL/sk

Dringliche Anfrage gemäß Anlage 8 Nr. 1 der Geschäftsordnung des Landtags NRW zur nächsten Sitzung des Innen-Ausschusses am 12. September 2002:

"Schill-Schützer - Pistolen Rowdys?"

Sehr geehrter Herr Stallmann,

anlässlich eines Wahlkampfauftrittes des Hamburger Innensenators Roland Schill am Samstag, den 7. September 2002 in Dortmund haben zwei Personenschützer in Zivil der Hamburger Polizei vor der Menschenmenge ihre Dienstwaffen gezogen. Angeblich haben sie die Waffen aus Gründen der Eigensicherung eingesetzt, obwohl - Pressemeldungen zufolge - von einer Gefahr für Leib und Leben keine Rede sein konnte.

Demgegenüber sollen Beamte der Dortmunder Polizeiinspektion Mitte ohne Anwendung von Waffengewalt eine Eskalation der Situation verhindert haben.

Ich frage die Landesregierung, wie sie den Vorgang bewertet?

Mit freundlichen Grüßen

(Jürgen Jentsch MdL)



CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

Theo Kruse MdL
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

An den
Vorsitzenden des Innen-Ausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

21. August 2002

- im Hause -

1. Fax an 1. M. (H. Hündel) ent. G
2. Dan alle Mitgl. des NWV
+ Ref. + Ref. I. 2
3. Wv. (zur TO 12.9.)

Beantragung von Tagesordnungspunkten

22.08.02

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Landtagsfraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Innenausschusses folgende Tagesordnungspunkte:

- **Konsequenzen aus dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts zur „Einbürgerungspraxis“**
- Bericht des Innenministeriums -
- **Auswirkungen der Umstrukturierung innerhalb des Kampfmittelräumdienstes auf eine zügige Kampfmittelbeseitigung**
- Bericht des Innenministeriums -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Theo Kruse

f.d.R.

Carsten Herlitz

